



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

7. Sitzung (öffentlich)

29. Januar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1. "Initiativen der Landesregierung zur Verbesserung der Gleichberechtigungspolitik in der Europäischen Union - Umsetzung der europäischen Frauenförderprogramme in Nordrhein-Westfalen"**

1

auf Antrag der Fraktion der CDU
EU-Vorlagen 12/32 und 12/54

Der Ausschuß nimmt zunächst einen Bericht der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann entgegen, dem sich eine Diskussion anschließt.

Seite

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996) 5**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/230, 12/239, 12/245, 12/282, 12/284, 12/292, 12/300, 12/348

Der Ausschuß erörtert Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen mit den Vertreterinnen und Vertretern der jeweils zuständigen Ministerien. - Soweit es sich aus dem Diskussionsverlauf ergibt, sagen die Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Ressorts auf entsprechenden Wunsch aus dem Ausschuß die Zuleitung erläuternder Papiere zu.

- 3 Verschiedenes 18**

- a) **Auswärtige Sitzung in Schwelm**
- b) **Expertenanhörung im Ausschuß (Evangelische Kirche oder Carl-Duisberg-Gesellschaft)**
- c) **Öffentliche Anhörung**

Zu a) bis c) siehe Seite 17 des Diskussionsteils

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/230, 12/239, 12/245, 12/282, 12/284, 12/292, 12/300, 12/348

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf teilt mit, der Ausschuß werde sich im folgenden speziell mit Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltpositionen befassen.

a) Einzelplan 01 - Landtag

Kein Diskussionsprotokoll

b) Einzelplan 09

Kapitel 09 010 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Titel 713 00: Neubau Landesvertretung NRW Berlin (Vorarbeitskosten)

Zur planerischen Perspektive erläutert **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Manfred Dammeyer**: Es gebe zwischen allen Bundesländern eine Verabredung, die Landesvertretungen in den "Ministergärten" unterzubringen. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung die ausgewiesenen Vorarbeitskosten installiert. Die zu nutzenden Grundstücke gehörten gegenwärtig noch dem Land Berlin. Der Bund genieße Vorkaufsrecht.

Kapitel 09 030 - Europaangelegenheiten

Titel 684 20: Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen zur Vertiefung von Kontakten im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet sowie zur Förderung der Europäischen Integration

Inwieweit, fragt **Erich Heckelmann (SPD)** könnten in bezug auf die diversen Euregios noch Europamittel einbezogen werden? Existiere gegebenenfalls eine Übersicht über deren Volumen?

Minister Dr. Manfred Dammeyer stellt klar, daß für Interreg-Programme Mittel aus dem Wirtschaftsetat zur Verfügung stünden. Außerdem handele es sich um Mittel, die die kommunalen Gebietskörperschaften für einzelne Projekte selber besorgten. Strukturelle

Veränderungen in den relevanten Regionen seien aufgrund der geschichtlichen Entwicklung durchaus gerechtfertigt. Das Ministerium stehe zu seiner Verantwortung.

Kapitel 09 030

Titel 534 00: Europapolitische Veranstaltungen

Titel 685 10: Zuschuß an den Verein "Europa-Dialog Bonn e. V."

Titel 685 20: Zuschuß an die Europa-Union Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Dortmund

Ilka Keller (CDU) bittet um Auskunft, welche Leistung aus diesen Aktivitäten zurückfließe.

Minister Dr. Manfred Dammeyer antwortet, die Europa-Union Deutschland unterhalte aus den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln eine gemeinsam Geschäftsstelle mit der "Europäischen Bewegung" und finanziere den Geschäftsführer, der für beide Organisationen zuständig sei. Derartige Aktivitäten müßten im Einzelfall nicht unbedingt mit dem Ministerium abgerechnet werden.

Ähnlich verhalte es sich mit dem Zuschuß an den Verein "Europa-Dialog Bonn e. V.": Diese Organisation sei auf Initiative des ehemaligen Bundesaußenministers Genscher zustande gekommen, der im übrigen Vorsitzender des Kuratoriums sei. Den Vorsitz des Vereins führe die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Professor Dr. Rita Süßmuth. Der Verein kümmere sich für seine Veranstaltungen um Sponsoren. Der Beitrag des Landes orientiere auf die Geschäftsstelle.

Der Ansatz für europapolitische Veranstaltungen werde nicht erhöht. Vielmehr würden Mittel - unter anderem solche, die früher in der Staatskanzlei ressortiert hätten, - zusammengefaßt. Der Ansatz sei im Vorjahr nur deshalb so niedrig gewesen, weil der sich lediglich auf einen Zeitraum von drei Monaten bezogen habe.

Die Planungen seien bisher zurückgestellt worden, weil zunächst Themen wie "Regierungskonferenz", "Währungsunion", "Finanzierung der Europäischen Union", "Agrarfonds", "Agrarpolitik und Strukturpolitik", und die "Osterweiterung" angestanden hätten und in einer Informationskampagne unterzubringen gewesen seien.

Titel 685 30: Ausgaben der Mitgliedschaft in europäischen Regionalorganisationen

Ilka Keller (CDU) bittet um Erläuterung, weshalb der Ansatz von 60 000 DM auf 100 000 DM erhöht worden sei. - Minister Dr. Manfred Dammeyer antwortet, die Organisation habe ihre Mitgliedsbeiträge - nur für diese Mitgliedsbeiträge sei der Titel im übrigen zuständig - erhöht; diese Beiträge würden auf der Grundlage der Einwohnerzahl einer Region und der jeweiligen Wirtschaftskraft bemessen. Diese Organisation habe

insbesondere in der Phase, in der Regionalpolitik in Europa umgesetzt werden müsse, die Interessenvertretung aller Regionen übernommen. Reisekosten, bemerkt der Minister abschließend, würden über die entsprechenden Mittel, die beim Landtag ressortierten, gedeckt. Angesichts der enormen Höhe des nordrhein-westfälischen Beitrags gebe er zu bedenken, daß Nordrhein-Westfalen die größte Region in Europa sei. Die nächst größeren Regionen seien so groß wie Bayern und Katalonien.

Kapitel 09 030 - Europaangelegenheiten

Titelgruppe 70: Zeitweiliger Einsatz von Beschäftigten des Landes in Dienststellen der Kommission der Europäischen Union und der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel (EU-Personalaustausch)

Ilka Keller (CDU) fragt, was mit den betroffenen Bediensteten geschehe, sobald sie nach Nordrhein-Westfalen zurückkehrten?

Dabei handele es sich, erläutert **Minister Dr. Manfred Dammeyer**, um Bedienstete, die dem Stellenpool angehörten. Das Ministerium wolle diesen Pool noch erweitern und längerfristig nutzbar machen. Es bestehe die Möglichkeit, sich zur Einarbeitung ein Jahr vor dem eigentlichen Dienstantritt nach Brüssel abordnen zu lassen. Das komme im übrigen auch den Landesinteressen zugute.

Abgeordnete Bedienstete hätten nach ihrer Rückkehr einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Er wolle sich darum kümmern, daß diejenigen, die aus ihrer Abordnung zurückkehrten, bei Beförderungen vorrangig berücksichtigt würden. Das komme dem bayerischen Modell nahe, nachdem in Bayern jemand nur dann Referatsleiter werden könne, wenn er zuvor bei einer anderen Behörde seinen Dienst verrichtet habe.

c) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Auf eine entsprechende Frage der **Abgeordneten Ilka Keller (CDU)** zur "Stiftung Entwicklung und Frieden" führt **Staatssekretär Rüdiger Frohn** aus: Die in Bonn ansässige Stiftung gehe in ihrer Grundfinanzierung auf eine Spende des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt zurück. Im wesentlichen seien an dieser Stiftung jetzt das Land Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Berlin und Sachsen beteiligt. Vorsitzender des Kuratoriums sei Professor Dr. Biedenkopf; dem Stiftungsvorstand stehe Ministerpräsident Rau vor. Mit dem Ertrag aus dem Stiftungskapital könne ein bescheidenes Bildungsprogramm gefahren werden. Eine Konkurrenz zu großen Stiftungen bestehe nicht. Das beste Produkt dieser Stiftung sei ein Taschenbuch, das im Fischer-Verlag erscheine ("Globale Trends"). Dort würden alle wichtigen Fragestellungen unter dem "Eine-Welt"-Aspekt erfaßt.

Personell greife die Stiftung auf einen Geschäftsführer und vier weitere Mitarbeiter zurück, die in erster Linie um die Erarbeitung von Produkten der vorgenannten Art und die Organisation von Veranstaltungen bemüht seien.

In jeder Legislaturperiode, so Staatssekretär Rüdiger Frohn auf eine Nachfrage der Abgeordneten Ute Koczy (GRÜNE), gebe es zwei Landesentwicklungsberichte, einen zu Beginn und einen zum Ende der Periode. Während der erste Bericht eine projektbeschreibende Funktion habe, komme dem zweiten eine eher bilanzierende Aufgabe zu.

Titelgruppe 71: Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Werner Jostmeier (CDU) hält die von der Landesregierung verfolgte Entwicklung, für Maßnahmen im Ausland 57 % und für Maßnahmen im Inland 43 % zu veranschlagen, für nicht so gut. Er spreche sich angesichts der vom Land vorgesehenen Mittelkürzung um ca. 140 000 DM beim Konkreten Friedensdienst dafür aus, eher im Bereich der Aufwendungen für die Bürokratie im Inland zugunsten der konkreten Hilfsmaßnahmen zu kürzen.

Staatssekretär Rüdiger Frohn plädiert dafür, sich gerade in Zeiten des knappen Geldes auf das zu konzentrieren, was der einzelne Verantwortungsträger zu finanzieren habe. Er halte es nicht für eine vordringliche Aufgabe von Landespolitik, an die Stelle der Nichtregierungsorganisationen zu treten, die im Ausland konkrete Projekte verfolgten. Er unterstelle in diesem Zusammenhang allen den guten Willen, nicht die eine entwicklungspolitische Aufgabe im Süden gegen eine Aufgabe, die sich im eigenen Land stelle, ausspielen zu wollen. Den vom Abgeordneten Jostmeier aufgezeigten bürokratischen Aspekt der Entwicklungsarbeit im eigenen Lande vermöge er nicht nachzuvollziehen. Von einer verstärkten Unterstützung von Initiativen in Nordrhein-Westfalen verspreche er sich ein Mehrfaches an Hilfestellung "nach draußen".

Der Mitteleinsatz für den Konkreten Friedensdienst solle dazu dienen, daß viele junge Leute, die in einer Dritten-Welt-Initiative arbeiteten, sich vor Ort ein direktes Bild machen könnten. Die angespannte Haushaltslage und die Notwendigkeit, Strukturen bei Eine-Welt-Gruppen zu erhalten, sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Grundsätzlich sehe er es als Aufgabe von Bund und EU an, Modelle zu finanzieren. Der Konkrete Friedensdienst liege auf der Mitte, zwischen dem Land auf der einen und dem Bund/der EU auf der anderen Seite.

Es gehe darum zu entscheiden, bekräftigt Werner Jostmeier (CDU), was notwendig sei, um Not abzuwenden. Er plädiere deshalb auch nach dem Vortrag des Staatssekretärs noch dafür, Gelder für konkrete Maßnahmen zu verwenden, nicht aber die Informationsarbeit im Lande mit solchen Mitteln zu unterstützen.

Staatssekretär Rüdiger Frohn entgegnet, sofern die Finanzierung eines Projektes in einem Land des Südens nicht weiterbetrieben würde und die Mittel statt dessen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit eingesetzt würden, bedeutet dies nicht einen Tausch zwischen Projektmitteln und Verwaltungskosten. Vielmehr bedeute dies, den Gruppen dabei zu helfen, ihre konkrete Arbeit weiterzuführen. Es werde nicht gelingen, bildungspolitische Arbeit im Innenverhältnis anschaulich machen zu können, wenn Nichtregierungsorganisationen nicht geholfen werde, Projekte im Ausland zu betreiben. Ihn erstaune positiv, daß unter den vielen Gruppen, die sich für den Konkreten Friedensdienst einsetzten, zahlreiche Schulen seien.

Volkmar Klein (CDU) vermag sich zwar der Argumentation des Staatssekretärs anzuschließen, bezweifelt aber, daß der Weg über eine weitere Professionalisierung über das Promotorinnenmodell richtig sei. Dann würde sich nämlich ein großer Teil derjenigen, die hauptamtlich bezahlt würden, mit sich selbst beschäftigen.

Ute Koczy (GRÜNE) teilt zum Thema "Eine Welt als Bildungsaufgabe in der Schule" mit: Die Schulstelle "Eine Welt" sei ein auf drei Jahre festgelegtes Modellprojekt, das bereits seit eineinhalb Jahren laufe. Die ehrenamtliche Arbeit vieler werde dort gebündelt.

Erich Heckelmann (SPD) betont, gerade das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung habe für den angesprochenen Themenkreis hervorragendes Material erarbeitet. Diese Unterlagen könnten die Schulen für ihren Unterricht abrufen. Allerdings sei das an vielen Schulen noch nicht bekannt.

Der Chef der Staatskanzlei habe "Zur Förderung eines landesweiten Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren in Nordrhein-Westfalen" ein Diskussionspapier zur Verfügung gestellt. Diese Unterlage wolle er zunächst durcharbeiten, bevor es zu einer Diskussion kommen könne.

Hans Kern (SPD) legt dar, mit der Professionalisierung werde der materielle Wert dessen, was nach draußen getragen werde, nicht geringer, sondern könne dadurch erhöht werden, daß organisatorisch besser betreut werde. Im Grunde genommen handele es sich dabei um eine Fortsetzung dessen, was bereits in der vergangenen Legislaturperiode diskutiert worden sei.

Ilka Keller (CDU) bestätigt, daß die Vorlage der Staatskanzlei in der Tat zunächst sorgfältig studiert werden müsse. Der entscheidende Punkt bleibe, daß die Mittel nicht nur "nach innen", sondern auch "nach außen" anzuwenden seien.

Staatssekretär Rüdiger Frohn erklärt, den Organisationen, die sich auf diesem Feld engagierten, solle wenigstens zu einem Teil die Sorge genommen werden, wer die benötigten Mittel zur Verfügung stelle. Im übrigen sei die Arbeit mit "Promotorinnen/Promotoren" in anderen Bereichen - etwa dem Sport - schon seit langem bekannt. Selbstverständlich dürfe es nicht dazu kommen, daß sich eine Bürokratie aufbaue, die das Ehrenamt erdrücke und sich nur noch mit sich selbst befasse. Vielmehr müsse ein durchgehender Multiplikatoreffekt im Vordergrund stehen.

Kapitel 02 020

Titelgruppe 72: Internationale Zusammenarbeit

Titel 686 72: Zuschüsse für Projekte im Ausland

Siegfried Martsch (GRÜNE) vermißt an dieser Stelle den aus früheren Haushalten bekannten Ansatz in Höhe von 500 000 DM zum Wiederaufbau zerstörter Dörfer im Nordirak einschließlich der zugehörigen Infrastruktur. - Das sei allein schon im Interesse der Versorgung der Menschen in dieser Region bedauerlich, die diese Förderung dringend benötigten. Immerhin habe Nordrhein-Westfalen dieses Wiederaufbauprojekt in der Vergangenheit stets besonders betont. Die Zahl der Flüchtlinge werde sich nun erhöhen, weil viele Menschen im Nordirak in der Flucht ihre einzige Chance sähen.

Staatssekretär Rüdiger Frohn antwortet, die Landesregierung orientiere sich in ihrer Projektplanung 1996 an den haushaltspolitischen Vorgaben, die in den Verhandlungen zu erzielen gewesen seien. Situationen, wie sie im Nordirak vorzufinden seien, gebe es auch in anderen Regionen. In Bulgarien und Ungarn werde die Projektfinanzierung ebenfalls abgeschlossen. Hierbei handele es sich um die Auswirkung von Verschiebungen innerhalb des Landeshaushalts. Schmerzliche Einschnitte an manchen Stellen seien nicht zu vermeiden.

Siegfried Martsch (GRÜNE) konzidiert die Notwendigkeit schmerzhafter Einschnitte. Allerdings sei der Nordirak nicht mit einer Region wie Bulgarien vergleichbar. Der Nordirak verfüge nämlich aufgrund der kriegsbedingten, politischen Situation nicht über eigene Entwicklungsmöglichkeiten. - **Staatssekretär Rüdiger Frohn** gibt zu bedenken, es stehe ihm nicht an, die Situation in Bulgarien oder Ungarn mit der im Nordirak zu vergleichen. Die Prioritätensetzung falle immer sehr schwer. Und sobald ein Projekt prioritär behandelt werde, bedeutet dies immer, daß ein anderes nachrangig qualifiziert werde. Er biete an, im Gesprächskontakt zu bleiben.

d) **Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Ministerialrat Görtz, Ministerium für Schule und Weiterbildung, erstattet folgenden Bericht: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin im Ministerium für Schule und Weiterbildung für Internationale Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit seit kurzem zuständig und seit einigen Jahren im Landesinstitut für Internationale Berufsbildung.

Für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit haben wir im wesentlichen zwei Positionen; zum ersten die Titelgruppe 05 130 (Landesinstitut für Internationale Berufsbildung). Das geht zurück auf eine Kabinettsentscheidung Ende 1990. Das Institut arbeitet seit drei Jahren. Sie müßten eigentlich im Oktober letzten Jahres den Jahresbericht 1994 bekommen haben, der zumindest die Projekte in ausführlicher Form darstellt.

Die Projekte des Landesinstituts für Internationale Berufsbildung (LIB) beschränken sich nicht nur auf die Projekte im Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, sondern stehen für alle anderen Ressorts offen. So führt das LIB beispielsweise Projekte der Staatskanzlei durch und Projekte des MURL. Die im Haushaltsplan ausgewiesenen Projektmittel (zirka 535 000 DM) dienen ausschließlich den Projekten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung.

Die Projekte haben eine unterschiedliche Genese, beschäftigen sich im wesentlichen mit Projekten der beruflichen Bildung und besonderen Zielgruppen. Eine ganz herausragende Zielgruppe geht zurück auf eine Initiative auf Landes- und Bundesebene. Dabei ging es um die Vermeidung von Prostitution - insbesondere auf den Philippinen und in Thailand. Ein Fact-Finding hat dazu geführt, daß wir auf den Philippinen durch ein qualifiziertes Ausbildungsprojekt für junge benachteiligte Frauen fündig wurden. Das hat auf den Philippinen eine sehr hohe politische Akzeptanz gefunden. Schirmherrin ist die dortige First Lady Frau Ramos. Die frühere Präsidentin Frau Aquino war anlässlich ihres Besuchs in Italien vor drei Jahren auch zur Stippvisite in Nordrhein-Westfalen, um sich für dieses Projekt förmlich zu bedanken.

Eigentlich hat dieses Projekt mehr erreicht, als wir erhofft hatten: Zum einen hat es gezeigt, daß junge Frauen aus benachteiligten Familien, die keine Partizipationsmöglichkeit an Bildung haben, im Rahmen einer dualen Berufsausbildung in das Berufsleben integriert werden können. Sie - der zweite Durchgang ist gerade verabschiedet worden - arbeiten jetzt in Hotels der gehobenen Klasse und haben dort von seiten der jeweiligen Betriebe erhebliche Aufstiegschancen. Die Betriebe bezahlen fast 80 % der Ausbildungskosten, und die jungen Mädchen bekommen eine monatliche Vergütung, die schon etwas darstellt. Sie sind - das ist auf den Philippinen ungewöhnlich - unfall- und krankenversichert.

Der zweite Aspekt, der mit Ausbildung verbunden war: Auf der Grundlage dieses und eines anderen Projektes ist auf den Philippinen ein Gesetz zur Einführung der dualen Berufsbildung generell eingeleitet worden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, die wirtschaftliche Entwicklung durch eine gezielte Berufsausbildung für benachteiligte Gruppierungen zu fördern.

Ich habe etwas ausführlicher vorgetragen, um so die Philosophie unserer Projekte besser herausarbeiten zu können: Wir versuchen, durch gezielte Maßnahmen für bestimmte Be-

nachteiligtengruppen in bestimmten Ländern, in denen solche Bemühungen auf fruchtbaren Boden fallen, Konzeptionen zu entwickeln, die sich nicht auf das Modellprojekt und damit eine konkrete Ausbildung richten, sondern sich auch darauf beziehen, eine Breitenwirkung zu erreichen. Darin liegt die Spezialität, die dieses Landesinstitut in seinen Projekten deutlich macht.

Die Projektmittel (535 000 DM) dienen gegenwärtig ausschließlich zur Fortführung der laufenden Projekte. Wir hoffen, beispielsweise das Projekt auf den Philippinen Ende des Jahres in die Selbständigkeit entlassen zu können. - Außerdem hoffen wir, ein neues Projekt mit benachteiligten jungen Frauen als Zielgruppe beginnen zu können, und zwar im Zusammenhang mit der Ausbildung zur Reiseverkehrskauffrau beziehungsweise zum Reiseverkehrskaufmann. Das soll in Kooperation mit Luftfahrtgesellschaften und Reisebüros geschehen.

Eine weitere Aufgabe des Landesinstituts ist schon über 30 Jahre alt: Das Landesinstitut für Internationale Berufsbildung bildet im Rahmen eines Bund-Länder-Programms Stipendiaten aus, in der Regel Lehrer aus Entwicklungsländern, die in der Metalltechnik aus berufsbildenden Schulen heraus über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren fortgebildet werden, um anschließend in die Entsendeländer zurückzukehren. Diese Stipendiaten werden durch die Bundesregierung über weltweite Ausschreibungen identifiziert, stammen meist aus Bundes- oder anderen Projekten der Berufsausbildung und kommen nach Solingen in das Landesinstitut, um sich dort fortzubilden.

Zum zweiten Bereich gehören klassische Stipendiaten-Programme, die sich aus einer sehr alten Zusammenarbeit des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit Tunesien entwickelt haben. Wer schon einmal in Tunesien gewesen ist, der weiß, daß die Einheimischen in den Hotels und Gaststätten weitaus häufiger Deutsch sprechen, als man das normalerweise in den Ländern Nordafrikas vermuten würde. Das liegt daran, daß über 30 Jahre lang Fortbildung betrieben worden ist.

Zur Zeit befindet sich die letzte Gruppe in diesem Programm in Dortmund. Wir haben den Eindruck, daß das ausreichend ist, und werden die Stipendiaten dem Landesinstitut für Internationale Berufsbildung zuführen und hoffen, diese in Zukunft stärker projektbezogen in laufende Maßnahmen einbeziehen zu können, um einzelnen Multiplikatoren Gelegenheit zu geben, sich in Deutschland intensiver auf ihre Aufgaben im Heimatland vorbereiten zu können.

Auch führen wir Projekte z. B. in Vietnam durch; dort beschränken wir uns auf Seminare und ähnliche Veranstaltungen. Demgegenüber handelt es sich bei den Maßnahmen auf den Philippinen und in Venezuela um Programme mit projektgebundenen Ausgaben.

(Allgemeiner Beifall)

e) **Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung**

Zu den haushaltswirksamen politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Einzelplan 06 berichtet **Ministerialrat Dr. Risse, Ministerium für Wissenschaft und Forschung**, und geht einleitend im Zusammenhang mit Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen - besonders auf den Titel 681 20 "Betreuung ausländischer Studierender und Promotionsstipendiaten" ein. Die Stipendien würden von den Ländern zur Verfügung gestellt (900 DM/Monat). Die darüber hinaus anfallenden Kosten seien bisher vom Bund getragen worden. Die Betreuung obliege der Carl-Duisberg-Gesellschaft, die dafür Sorge, daß die Stipendiaten nach Abschluß des Studiums in Deutschland in ihrem Heimatland eine adäquate berufliche Position erhielten. Pro Jahr würden in Nordrhein-Westfalen 150 Studierende betreut.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bemühe sich seit einigen Jahren, seine Beteiligung an dem Programm in der bisherigen Form aufzugeben, weil die Entwicklungsländer nach Auffassung des Bundes ihren tertiären Bildungssektor inzwischen so weit ausgebaut hätten, daß ein grundständiges Studium an den deutschen Fachhochschulen nicht mehr in der bisherigen Weise finanziert werden müsse. Der Bund wolle eher Graduiertenstudien unterstützen. - Nach Auffassung des Landes und auch der Carl-Duisberg-Gesellschaft sei der tertiäre Bereich allerdings noch nicht ausreichend ausgebaut. Viele Länder seien deshalb darauf angewiesen, ihre Studierenden in Europa oder den USA ausbilden zu lassen. Außerdem müsse im Laufe der nächsten Jahre überlegt werden, welche anderen Schwerpunktsetzungen gewählt werden könnten. Beispielsweise könnten verstärkt Studierende aus Südafrika gefördert werden.

Ilka Keller (CDU) macht darauf aufmerksam, der zweckgebundene Ansatz für die Haushaltsstelle 06 020, Titel 681 20, habe für 1995 10,5 Millionen DM betragen und belaufe sich jetzt nur noch auf 9,5 Millionen DM. Sie bitte um Aufklärung, woraus die Kürzung um eine Million DM resultiere. - Eine kurze schriftliche Mitteilung, ergänzt **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf**, sei ausreichend. - Wie viele der fertig ausgebildeten Stipendiaten gingen in ihr Heimatland zurück? - **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** bittet darum, die Begründung anhand einer Liste der anderen Maßnahmen zu untermauern.

Oberamtsrat Berger, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, antwortet, nach den Informationen, die der Carl-Duisberg-Gesellschaft vorlägen, gingen fast alle Teilnehmer in ihre Heimatländer zurück. Dazu seien sie im übrigen verpflichtet worden. - Die Rückkehrquote liege bei 80 %. Entsprechende Statistiken würden bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft geführt. - **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** bittet um kurze schriftliche Ausführungen zu den Gesichtspunkten, wie viele Stipendiaten in Deutschland blieben und welche ergänzenden Informationen über den reinen Wert 80 % hinaus gebe.

Hans Kern (SPD) hält die Zahl der geförderten Stipendiaten für sehr niedrig. Er könne sich vorstellen, daß Unternehmer in Deutschland ein viel stärkeres Interesse daran haben müßten, eine Art Sandwich-Ausbildung zu betreiben und eine duale Beschäftigung - halb Student/halb Mitarbeiter - voranzubringen. Wirtschaftlich gesehen müßten zehnmal so viele Stipendiaten gefördert werden.

Ministerialrat Dr. Risse führt aus, zu Überlegungen betreffend einer Sandwich-Ausbildung könne er nichts sagen. Für Studienkollegs sei fachlich das Ministerium für Schule und Weiterbildung als zuständig erklärt worden.

Oberamtsrat Berger skizziert den Verlauf eines Stipendiatenaufenthalts (Sprachkurs - Vorpraktikum - Studienkolleg - Studien an der Fachhochschule).

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten **Gabriele Sikora (SPD)** zur Neigung des Bundes, aus der Förderung auszusteigen, antwortet **Ministerialrat Dr. Risse**, daß es ein in diese Richtung zielendes Schreiben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. März 1995 gebe. Das Land habe deshalb für die kommenden Jahre weitere Mittel im Haushalt zu etatisieren. Außerdem solle sowohl über die Umstellung von Förderungsmaßnahmen unter Einschluß des Bundes und ohne Beteiligung des Bundes nachgedacht werden. 1995 seien für die Förderung 1,7 Millionen DM etatisiert gewesen (Landesmittel). Vom Bund komme ein ungefähr ebenso hoher Anteil für in Nordrhein-Westfalen laufende Maßnahmen. Die Mittel würden nicht im Haushalt des Landes ausgewiesen, sondern flössen direkt an die Carl-Duisberg-Gesellschaft.

Für den Ausschuß, so **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf**, seien die in dem zuvor erwähnten Schreiben genannten Gründe von Interesse. Wie solle weiter verfahren werden? - Er bitte die Ministerin darum, dem Ausschuß dieses Papier zur Verfügung zu stellen.

Habe, fragt **Ilka Keller (CDU)**, der Bund neue Wege angedacht? Es müsse sichergestellt sein, daß diejenigen, die sich augenblicklich in Nordrhein-Westfalen aufhielten, noch bis zum Ende ihres Studiums unterstützt würden. - Die **Ministerialvertreter** bestätigen dies.

f) **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**

Für das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr berichtet **Johannes Grotz**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Wirtschaftsministerium konzentriert seine Entwicklungszusammenarbeit auf die berufliche Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern. Dabei handelt es sich um die klassischen Langzeitstipendiatenprogramme, die in unserem Auftrag von der Carl-Duisberg-Gesellschaft - Landesstelle Nordrhein-Westfalen - durchgeführt werden.

Wir haben diese Programme auf zwei Schwerpunktländer konzentriert: Die Volksrepublik China und Vietnam! - Diese Fortbildungsprogramme sind praxisnah. Es werden junge Experten ausgewählt, die nach ihrem Hochschulstudium einige Jahre Berufserfahrung nachzuweisen haben und in Unternehmen der Industrie tätig sind.

In der Volksrepublik China sieht das Programm folgendermaßen aus: Nach einem ein Jahr dauernden Sprachkurs kommen die Stipendiaten nach Deutschland und belegen in den Carl-Duisberg-Zentren zunächst einen Intensivsprachkurs. Dort ist ein Schwerpunkt unter anderem die Landeskunde. Anschließend erfolgt eine theoretische Fortbildung bei der Handwerkskammer in Düsseldorf oder für die Experten aus dem Bergbaubereich bei der Ruhrkohlebildungsgesellschaft.

Die Programme in der Volksrepublik China konzentrieren sich auf die Partnerprovinzen Nordrhein-Westfalens, Jiangsu, Szechwan und Shansi. Sie bestehen seit nunmehr über zehn Jahren, haben sich bewährt und sind als ein Teil der Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Partnerprovinzen zu verstehen. Die Stipendiaten werden im beiderseitigen Interesse in die wirtschaftlichen Aktivitäten einbezogen.

Zu Vietnam! Für die Programme werden Führungskräfte ausgesucht, die in der ehemaligen DDR ausgebildet worden sind. In der Regel sprechen sie noch sehr gut Deutsch und sind sehr daran interessiert, ihren Kontakt zu Deutschland zu erneuern beziehungsweise ihre Kenntnisse über Deutschland und die entsprechenden Industrien, in denen sie tätig sind, zu erweitern.

Die Schwerpunktbereiche dieser Zusammenarbeit sind der Bergbau und die Energietechnik. Wir legen dort großen Wert auf Bereiche wie etwa den Arbeitsschutz, Grubensicherheit, Ökologie, Maschinenbau und Umwelttechnik. Im letzten Jahr wurde an uns die Bitte herangetragen, Experten aus dem Außenhandelsbereich der chinesischen Unternehmen für ein solches Fachprogramm auszuwählen.

Einen wichtigen Bestandteil dieser Ausbildung bildet die praktische Ausbildung in den Unternehmen unseres Landes. Die theoretische Ausbildung dauert etwa drei Monate, die praktische acht bis neun Monate. In letzter Zeit wurden mehrfach Bitten an uns herangetragen, auch Kurzzeitmaßnahmen durchzuführen. Beispielsweise bat die Staatliche Entwicklungsbank der Volksrepublik China darum, gerade für den Bereich der Energietechnik Experten zu einem sechswöchigen Intensivkurs nach Nordrhein-Westfalen einzuladen, damit sie dort moderne Energietechnik kennenlernen können.

Dieser Bitte konnten wir noch nicht entsprechen, haben das Programm allerdings in den Haushaltsentwurf eingebracht und hoffen, daß sich dies realisieren läßt. Ein wichtiges Thema unserer Zusammenarbeit sind nämlich der Umweltschutz und die rationelle Energienutzung. Vor diesem Hintergrund laufen auch die außenwirtschaftlichen Aktivitäten zwischen diesen Ländern und Nordrhein-Westfalen ab.

Wie sei es im Zusammenhang mit der Stipendiatenausbildung in bezug auf die Aktivitäten in Richtung Frauenförderung bestellt, möchte Ute Koczy (GRÜNE) wissen. - Sobald es um China gehe, komme auch die Frage der Menschenrechte auf den Plan. Die Unterstützung Chinas - auch durch Nordrhein-Westfalen - stütze das dortige System. Hierbei gehe es um die generelle Diskussion, inwieweit sich Nordrhein-Westfalen dort engagieren solle, wo Menschenrechte verletzt würden. Die Vergabe vom Mitteln müsse an Menschenrechtskriterien geknüpft werden.

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf bittet darum, den Ministerialbediensteten keine Kommentierung politischer Einstellungen abzuverlangen. Für die Beantwortung solcher Zusammenhänge könne der Minister in den Ausschuß geladen werden.

Zur Teilnehmerinnenzahl - dies auf eine weitere Nachfrage von Ute Koczy (GRÜNE) - legt **Regierungsangestellter Grotz** dar, die Partner vor Ort trafen eine Auswahl und seien gebeten worden, möglichst viele Frauen zu nominieren. Das Ministerium habe nämlich die Erfahrung gemacht, daß sich Frauen oftmals leichter in Deutschland zurechtfinden und die Fortbildung erfolgreicher abschließen. Daß eine 50:50-Regelung favorisiert werde, sei den Partnern mitgeteilt worden. Die Entsendeländer hätten zugesagt, diesen Wunsch nach Möglichkeit zu berücksichtigen. So sei die Quote im ersten Vietnam-Jahrgang (1993) fast erreicht worden. In diesem Jahr seien von 15 Teilnehmenden nur zwei Frauen gewesen. Eine Erklärung könne er dafür nicht liefern.

Zur Größenordnung der jeweiligen Gruppen: Aus Vietnam seien es 15; aus den Partnerprovinzen in China jeweils zehn. Bei Vietnam sei der Anteil deshalb höher, weil die Kosten für den Sprachkurs entfielen und damit die Kosten in diesem Zusammenhang niedriger gehalten werden könnten.

g) **Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

Für das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft berichtet **Ministerialrat Dr. Becker**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann mich auf einiges von dem beziehen, was Herr Grotz eben bereits ausgeführt hat, weil auch wir unter anderem Chinesen betreuen.

Gerade heute morgen hat unser Staatssekretär Dr. Griese zehn Zertifikate an Chinesen übergeben, die sich ein Jahr in Nordrhein-Westfalen aufgehalten haben und morgen nach Chengtu, der Hauptstadt unserer Partnerprovinz Szechwan, zurückreisen. Diese zehn Stipendiaten haben sich gemäß dem Verfahren, das Herr Grotz beschrieben hat, ein Jahr bei uns aufgehalten: Sprachausbildung in China, vertiefte Sprachausbildung in Nordrhein-Westfalen, ein Jahr praktische Ausbildung in verschiedenen Einrichtungen der Landesregierung (zum Beispiel Landesumweltamt, Landesanstalt für Ökologie, Landesvermessungsamt). Der chinesischen Gruppe gehörten sechs Damen und vier Herren an, die allesamt ausgebildete Wissenschaftler sind. Alle hatten nach Befragung gesagt: Die Deutschen sind nett, wir haben uns hier sehr wohl gefühlt! - Wir werden den Kontakt zu diesen Stipendiaten nicht abbrechen, sondern über eine sogenannte Rückkehrvereinigung den Kontakt aufrechterhalten. Gleiches gilt für die Stipendiaten des Wirtschaftsministeriums.

Dabei verfolgen wir zwei Zielrichtungen: Zum einen haben wir dadurch möglicherweise zu bestimmten Industrien oder Wirtschaftsverbänden einen direkten Kontakt. Das gilt auch für uns vom Umweltministerium, weil wir die Umwelttechnik mit vertreten. Aber darüber hinaus "benutzen" wir - lassen Sie mich das einmal so ausdrücken - die Stipendiaten als Multiplikatoren vor Ort, um über sie eine Vielzahl von Experten in China anzusprechen.

Ein Beispiel: Ein ehemaliger Stipendiat ist nach seiner Rückkehr Professor an einer Universität in Yan geworden. Er ist dort jetzt anerkannter Wasserwirtschaftler, und wir haben eine praktische Anwendung, wie mit leicht angepaßter Technologie Abwasser geklärt werden kann, mit 150 000 DM gefördert. Das ist zwar hier bei uns nicht viel Geld; aber in China können Sie mit diesem Geld eine gesamte Kläranlage bauen.

Wir erhoffen uns, die Entwicklungszusammenarbeit in ähnlicher Weise auch auf anderen Gebieten betreiben zu können. Dabei spreche ich von einem Topf von einer Million DM pro Jahr. Diese Mittel werden nicht mehr allein für China ausgegeben. Denn nach den Vorfällen auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahre 1989 haben wir die Förderung zunächst einmal für zwei Jahre ganz eingestellt, anschließend verringert wieder angefahren.

Als wir die Förderung einstellten - das viel mit der Öffnung gen Osten zusammen - haben wir uns natürlich auf die neuen Länder in Mittel- und Osteuropa konzentriert, insbesondere die baltischen Staaten, aber auch Rußland, Weißrußland und die Ukraine. Speziell im Bereich der Landwirtschaft haben wir enge Kontakte geknüpft, Landwirte aus dieser Region zu uns eingeladen oder in den Länder Maschinenringe organisiert, so daß eine große Zahl von Landwirten gemeinsam nordrhein-westfälisches landwirtschaftliches Gerät nutzen kann.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir laufen seit dem zweiphasig. Wir haben die Hälfte der Mittel weiterhin für Stipendiaten aus China - das ist eine verhältnismäßig geringe Zahl, die relativ

viele Geld kostet -, und wir nutzen die andere Hälfte der Mittel für die landwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa. Festgestellt werden muß, daß wir dort mit diesem Geld einen viel größeren Nutzen erzielen, weil beispielsweise die Transport- und Schulungsmöglichkeiten leichter sind. Häufig sind auch die sprachlichen Voraussetzungen günstiger. Beispielsweise sprechen viele Letten Deutsch, so daß der Kontakt zu unseren heimischen Landwirten schneller hergestellt werden kann.

3 Verschiedenes

a) Auswärtige Sitzung in Schwelm

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf teilt mit, Ute Koczy (GRÜNE) habe den Wunsch geäußert, der Ausschuß möge zu einer auswärtigen Sitzung bei der GEPA in Schwelm tagen. - Die Obleute hätten sich darauf verständigt, daß darüber in einer der nächsten Sitzungen diskutiert werden solle.

Auf dem Arbeitsgebiet der GEPA seien auch andere Firmen tätig, bemerkt **Ilka Keller (CDU)**. Der Ausschuß solle darauf achten, daß sein Besuch nicht zu "Werbezwecken" mißbraucht werde.

b) Expertenanhörung im Ausschuß (Evangelische Kirche oder Carl-Duisberg-Gesellschaft)

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf teilt mit, nach der Geschäftsordnung habe der Ausschuß neben der Durchführung von öffentlichen Anhörungen die Möglichkeit, Sachverständige zu den Beratungen des Ausschusses hinzuzuziehen. Dieses Instrumentarium solle jedoch nur ausnahmsweise angewandt werden.

c) Öffentliche Anhörung

Der Ausschuß wird sich in der aktuellen Legislaturperiode mit Fragen der Eine-Welt-Politik - insbesondere hinsichtlich des Nachhaltigen Wirtschaftens - auseinandersetzen. Zu diesem Thema liegen verschiedene Studien vor. In einer der nächsten Sitzungen solle über diese Studien und den Kreis der Anzuhörenden sowie den Fragenkatalog diskutiert werden.

gez. Dr. Posdorf

Vorsitzender